

Leben und Arbeiten mit intelligenten Systemen

Utl.: Diese Woche fiel der Startschuss für die Erarbeitung einer österreichischen Strategie für Robotik und künstliche Intelligenz. Diese soll im Sommer 2019 vorliegen.

Quelle: diepresse.com, 30.11.2018

Der Arbeitstitel des Vorhabens lautet „Artificial Intelligence Mission Austria 2030“. Dahinter verbirgt sich eine Strategie für den richtigen Umgang mit Robotern und mit künstlicher Intelligenz: Ab Jänner soll mit der Formulierung begonnen werden, um Ostern herum soll es einen öffentlichen Konsultationsprozess geben, und bei den Alpbacher Technologiegesprächen 2019 soll die Strategie schließlich präsentiert werden. Erklärtes Ziel dieses Vorhabens, das diese Woche im Ministerrat beschlossen wurde, ist es zum einen, die großen Chancen der Digitalisierung zu nutzen, zum anderen aber möglichen Fehlentwicklungen entgegenzuwirken.

Eine Grundlage für die Strategie liegt bereits vor – in Form eines White Papers, das der Österreichische Rat für Robotik und Künstliche Intelligenz in der Vorwoche veröffentlicht hat. Der Titel ist Programm: „Die Zukunft Österreichs mit Robotik und künstlicher Intelligenz positiv gestalten“.

So allgemein die Aussagen dieses hochrangig besetzten Gremiums auch sind, so wichtig sind sie. Etwa, wenn es heißt: „Die österreichische Politik ist gefordert, Investitionen in Forschung und Technologieentwicklung zu tätigen sowie geeignete Rahmenbedingungen zu gestalten und Impulse zu setzen, die einerseits Innovation und technischen Fortschritt fördern und die andererseits sicherstellen, dass dadurch weder soziale Ungleichheit entsteht oder gefördert wird, noch Menschenrechte gefährdet werden.“

Eckpfeiler der Strategie

Als Eckpfeiler der zu erarbeitenden KI-Strategie werden folgende Punkte genannt:

- die Beachtung ethischer Grundsätze und Werte der Europäischen Union;
- die Sicherheit der Technologie;
- die Verantwortung bleibt beim Menschen;
- die Berücksichtigung gesellschaftlicher und ökologischer Konsequenzen;
- die breite Einbindung von Bürgerinnen und Bürgern in den Diskurs grundlegender Fragen.

Um nicht vom Hundertsten ins Tausendste zu kommen – was angesichts der immensen Tragweite der fortschreitenden Digitalisierung leicht geschehen kann –, hat der Robotikrat vier prioritäre Handlungsfelder definiert. Unter dem Titel „Technik, F & E und Wirtschaft“ sollen u. a. möglichst rasch Schlüsselwendungsbereiche („Use-Cases“) identifiziert werden, in sensiblen Anwendungsbereichen sollen „Sandboxes“ und „Testbeds“ eingerichtet werden, die bei allen Stakeholdern rasches Lernen und schnellen Wissenstransfer ermöglichen.

Im Bereich „Arbeitswelt und Qualifizierung“ werden zum einen Maßnahmen angesprochen, um die digitalen Grundfähigkeiten der Bevölkerung zu verbessern, und zum anderen spezifische Fachkenntnisse und technologische Fähigkeiten. Darüber hinaus sei es notwendig, „nicht kodifizierbare Fähigkeiten“ des

Menschen zu stärken, etwa die Fähigkeit des fachübergreifenden Diskurses, zur Kooperation sowie zu Lernbereitschaft und Flexibilität.

Im Kapitel „Gesellschaft und Recht“ wird die Notwendigkeit angesprochen, den bestehenden ethischen und rechtlichen Rahmen hinsichtlich psychologischer, sozialer und soziokultureller Veränderungen „zu überprüfen und gegebenenfalls um neue Regelungen und Standards zu ergänzen“.

Und schließlich werden unter dem Titel „Bewusstseinsbildung, Kommunikation & Öffentlichkeitsarbeit“ als erste Maßnahmen etwa Lehrausgänge von Kindergärten und Schulen zu den entsprechenden Forschungsstätten genannt, um die Menschen in Kontakt mit Robotik und KI zu bringen.

Details zur Strategie sollen nun Arbeitsgruppen ausarbeiten, in die neben den federführenden Ministerien für Digitalisierung (BMDW) und Infrastruktur (BMVIT) auch das Bildungs- und Sozialministerium, das Bundeskanzleramt und Vertreter aus Wissenschaft und Wirtschaft eingebunden sein sollen.

Österreich ist damit sicher nicht zu früh dran: In Deutschland will die Regierung im Zuge ihrer kürzlich präsentierten KI-Strategie bis zum Jahr 2025 rund drei Milliarden Euro zusätzlich locker machen und 100 neue Professuren einrichten. Aber auch in Österreich wurde bereits einiges getan: So fließen aktuell 24 Prozent der Fördermittel der Forschungsförderungsgesellschaft FFG in diesen Bereich – jährlich rund 100 Millionen Euro. Tendenz steigend.

LEXIKON

Der Rat für Robotik und Künstliche Intelligenz wurde im Herbst 2017 als Beratungsgremium der Bundesregierung gegründet. Mitglieder sind Sabine Theresia Köszegi (Vorsitz, TU Wien), Matthias Scheutz (stv. Vorsitz, Tufts University), Mark Coeckelbergh (Uni Wien), Corinna Engelhardt-Nowitzki (FH Technikum), Franz Höller (Keba AG), Sylvia Kuba (AK Wien), Andreas Kugi (TU Wien, AIT), Martina Mara (Uni Linz) und Erich Schweighofer (Uni Wien).

<https://www.acrai.at/>

(„Die Presse“, Print-Ausgabe, 01.12.2018)